

FDP-Kreistagsfraktion - Westhagen 57 - 48249 Dülmen

Kreis Coesfeld
Herrn Landrat
Konrad Püning
48651 Coesfeld

per Email: konrad.puening@kreis-coesfeld.de

Henning Höne

Fraktionsvorsitzender

Wahrkamp 47

48653 Coesfeld

Tel. (dienstl.): 0211/884-4452

Fax (dienstl.): 0211/884-3652

E-Mail: henning.hoene@fdp-coe.de

Url: www.fdp-kreis-coesfeld.de

25. Juli 2014

Auswirkungen der Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes / Anfrage zur 1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18. September 2014

Sehr geehrter Herr Landrat Püning,

im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, den Sachverhalt

Auswirkungen der Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes

auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu setzen. In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

- 1) Wie bewertet die Verwaltung das Finanzierungssystem nach dem geänderten Kinderbildungsgesetz? Sind die Pauschalen aus Sicht der Verwaltung auskömmlich?
- 2) Welche Auswirkungen hat das neue Kinderbildungsgesetz auf das Betreuungsangebot im Kreis Coesfeld? Sehen örtliche Träger ihren Kita-Betrieb als gefährdet an?
- 3) Hält die Verwaltung (bzw. der Landkreistag) eine mögliche Anhebung der Kindpauschale für eine konnexitätsrelevante Aufgabe? Wie würde die Verwaltung reagieren, wenn das Land die Kosten für eine weitere Anhebung an die Kommunen weitergeben will?

Hintergrund:

Am 4. Juni 2014 ist im Düsseldorfer Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition die Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes beschlossen worden. Im Vorfeld hatte es massive Proteste gegen die Pläne der Landesregierung gegeben. Insbesondere die Erhöhung der Kindpauschale um lediglich 1,5% wurde als nicht auskömmlich angesehen.

Mittlerweile kritisiert auch die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, die Unterfinanzierung der Kitas. Vor allem befürchtet sie, dass in den nächsten Jahren zahlreiche Träger ihren Kita-Betrieb einstellen müssen. Eine weitere Anhebung der Kindpauschale soll nach Auffassung der Landesregierung von den Kommunen getragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Henning Höne